



## Der Info-Brief des SPD-Landtagsabgeordneten **Georg Nelius**

*Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,  
liebe Genossinnen und Genossen,*

*auf eine straffere Organisation und mehr Präsenz vor Ort setzt Innenminister Reinhold Gall (SPD) bei seinen Eckpunkten für eine Polizeireform in Baden-Württemberg.*

*Mehr Präsenz vor Ort bedeutet, dass auch im Neckar-Odenwald-Kreis mehr Personal in den Polizeirevieren und -posten in Zukunft verfügbar ist.*

*Entscheidend ist für mich die Qualität der Reform. Wenn künftig mehr Polizistinnen und Polizisten dort unterwegs sind, wo sie gebraucht werden, nämlich beim Bürger, dann ist allen gedient.*

*Bevor mir die konkreten Ergebnisse im Hinblick auf unseren Kreis bekannt sind, möchte ich mich an den Spekulationen darüber verständlicher Weise nicht beteiligen. Da im Moment nur Grobstrukturen bekannt sind, gilt es nun umso mehr auf die konkrete Ausgestaltung Einfluss zu nehmen.*

*Für wenig hilfreich halte ich es daher in der jetzigen Situation, von einer Krise zu reden und den Abgesang auf den Ländlichen Raum anzustimmen. Vielmehr sollten alle Beteiligten im Neckar-Odenwald-Kreis verantwortungsbewusst über diese Reform sprechen. Vergleiche mit der Verlagerung des Schulamtes sind nicht gerechtfertigt. Die Diskussion um eine Auflösung von Staatsanwaltschaft und Landgericht halte ich für reine Panikmache. Dazu zähle ich auch die Spekulationen um die Kreisreform.*

*Ich werde meinen Teil zur Versachlichung der Diskussion leisten, indem ich Ende Februar zu einer Infor-*



*mationsveranstaltung zum Thema „Polizeireform“ einladen werde. Als Referenten konnte ich Herrn Landespolizeipräsident Prof. Dr. Wolf-Dietrich Hammann sowie den Leiter der Stabsstelle des Innenministeriums Herrn Polizeiobererrat Thomas Berger gewinnen.*

*Ich freue mich, mit diesem Info-Brief einen Beitrag zu einer sachlichen, konstruktiven und auf Fakten basierenden Diskussion leisten zu können.*

### Polzeistrukturreform - die Fakten

Aus Sicht der SPD-Fraktion hat die von Innenminister Reinhold Gall in ihren Grundzügen vorgestellte Polizeireform „das Zeug zum großen Wurf“. Es gehe darum, „eine leistungsstarke und bürgernahe Polizei zu gewährleisten und die Struktur für die Herausforderungen der Zukunft zu rüsten“, kommentierte MdL Georg Nelius die Ziele des Projekts. Die Reform fasse notwendige und richtige Anpassungen im Organisationsaufbau und eine Stärkung der Präsenz vor Ort ins Auge.

„Die Reform in ihren jetzigen Grundzügen macht die Struktur der Polizei fit für die Zukunft und sorgt für ausreichend Personal in der Fläche. Beides zusammen bewirkt, dass Baden-Württemberg eines der sichersten Bundesländer in Deutschland bleibt“, so Nelius.

Baden-Württemberg kann nur mit einer bürgernahen und leistungsstarken Polizei eines der sichersten Bundesländer in Deutschland bleiben.

„Dafür wollen wir jetzt die richtigen Voraussetzungen schaffen“, betonte Innenminister Reinhold Gall bei der



Vorstellung der Eckpunkte für die baden-württembergische Polizeireform am Mittwoch, 25. Januar 2012, in Stuttgart. Die Dynamik gesellschaftlicher Veränderungen und begrenzte Mittel erforderten flexible und eigenständig agierende Polizeidienststellen in sachgerechten Organisationszuschnitten. Dafür seien Anpassungen nötig. „Die aktuelle kleinteilige Struktur bindet zu viel Personal in Führung und Administration. Bei den derzeit 37 Polizeipräsidien und Polizeidirektionen stellen außerdem wir eine unausgewogene Leistungsfähigkeit und mangelnde Flexibilität fest“, erklärte er.

Nach mehr als viermonatiger intensiver Arbeit legte die mit Fachleuten aus sämtlichen Bereichen der baden-württembergischen Polizei besetzte Projektgruppe

„Struktur der Polizei Baden-Württemberg“ ihre Ergebnisse dem Innenminister vor. „Die Eckpunkte, die von einer hochkarätig besetzten Lenkungsgruppe unter Vorsitz von Ministerialdirektor Herbert Zinell akzeptiert wurden, sind richtungsweisend und konsequent. Halbherzige Umstrukturierungen oder gar eine Sparreform habe ich nicht im Sinn“, unterstrich Gall.

Die Reformvorschläge umfassen eine deutliche Straffung der Aufbauorganisation, indem die vier Landespolizeidirektionen der Regierungspräsidien Stuttgart, Karlsruhe, Freiburg und Tübingen mit den 37 Polizeipräsidien und Polizeidirektionen zu zwölf regional zuständigen Polizeipräsidien verschmolzen und unmittelbar dem Landespolizeipräsidium im Innenministerium nachgeordnet werden.

„Diese zwölf vergleichbar leistungsstarken regionalen Polizeipräsidien mit jeweils einer nachgeordneten Direktion Polizeireviere, Kriminalpolizeidirektion und Verkehrspolizeidirektion sowie einem professionellen Führungs- und Lagezentrum für die Bearbeitung von Notrufen und Maß-



nahmen zur Einsatzsteuerung sollen künftig das Rückgrat und die konzentrierte Leitungskompetenz der baden-württembergischen Polizei bilden“, unterstrich Gall.

Für die Bürgerinnen und Bürger seien schnelle und kompetente Reaktionen entscheidend, wenn die Polizei gebraucht wird - und nicht die Nähe zu der polizeilichen Leitungsebene. Deshalb werde an der Struktur der nahezu 150 Polizeireviere und knapp 360 Polizeiposten nicht gerüttelt. Darüber hinaus sollen künftig bei den zwölf Kriminalpolizeidirektionen der regionalen Polizeipräsidien so genannte Kriminaldauerdienste eingerichtet werden. Damit stünden Schutz- und Kriminalpolizei der Bevölkerung rund um die Uhr zur Verfügung. Das bedeute eine Stärkung der Fläche und des ländlichen Raumes.

Ferner werde ein neues zentrales Polizeipräsidium Einsatz die Einsatzeinheiten der Bereitschaftspolizei sowie alle Spezialeinheiten des Landes, die Polizeihubschrauberstaffel und die Wasserschutzpolizei bündeln. Dies beinhalte die Auflösung des Bereitschaftspolizeipräsidioms mit deren nachgeordneten fünf Bereitschaftspolizeidirektionen.

Dadurch stünde landesweit ein zentrales Polizeipräsidium zur Verfügung, das den regional zuständigen Polizeipräsidiem, dem Landeskriminalamt sowie gegebenenfalls den Polizeien des Bundes und anderer Länder sämtliche einsatzunterstützenden Kompetenzen für den Ernstfall aus einer Hand bieten könne.

Außerdem gelte es, die unterschiedlichen Zuständigkeiten und Aufgaben mit der Vielzahl über das Land verteilten Standorte im Bereich der kostenintensiven Polizeitechnik bzw. sich rasch wandelnder Informations- und Kommunikationstechnik zu bündeln. Hierzu werde ein Präsidium Technik, Logistik, Service aufgebaut, das die



technischen Aufgaben für die Entwicklung, Koordination und Beschaffung polizeilicher Führungs- und Einsatzmittel sowie Kommunikationstechnik integriere.

Ebenso werde die polizeiliche Organisation von Aus- und Fortbildung sowie Nachwuchsgewinnung mit den drei Bildungseinrichtungen (Polizeischulen der Bereitschaftspolizei Baden-Württemberg, Hochschule für Polizei Villingen-Schwenningen und Akademie der Polizei Baden-Württemberg) zu einem einheitlichen Bildungsträger (Präsidium Bildung- und Personalgewinnung) mit deutlich weniger als den bisher acht Standorten zusammengefasst.

Das Landeskriminalamt Baden-Württemberg nehme weiterhin die kriminalpolizeilichen Zentralstellen- und

Serviceaufgaben sowie originäre Ermittlungsaufgaben wahr. Das betreffe insbesondere herausragende Delikte der Politisch motivierten Kriminalität, Organisierter Kriminalität beziehungsweise Wirtschaftskriminalität.

Die Strukturreform soll erhebliche Personalreserven für den Einsatz in der Fläche mobilisieren. „Ich bin sicher, dass sich die durch die Projektgruppe errechneten personellen Verstärkungspotenziale von rund 650 Stellen des Polizeivollzugsdienstes und 240 Stellen des Nichtvollzugspersonals der Polizei mittelfristig durch die Reform erreichen lassen. Dieses Potenzial werde eins zu eins der Polizei erhalten bleiben, damit die Streifen- und Ermittlungsdienste der Polizeireviere und Polizeiposten vor Ort gestärkt und Freiräume für die Kriminalpolizei bei der Bekämpfung neuer bzw. schwerer Kriminalitätsformen geschaffen werden können“, hob der Innenminister hervor. Mit der angestrebten Konzentration der Polizeidienststellen sei auch von einer mittelfristigen Reduzierung der notwendigen Investitionen und der laufenden Betriebskosten im



Bereich kostenintensiver Leitstellentechnik (Digitalfunk) in mehrstelliger Millionenhöhe zu rechnen.

Reinhold Gall stellte überdies klar: „Die Reform der Polizei ist nicht der Einstieg in eine allgemeine Verwaltungsreform. Solche Behauptungen sind absurd. Das Reformvorhaben ist für den Erhalt der Leistungsfähigkeit unserer Polizei notwendig. Die Reform basiert ausschließlich auf polizeifachlichen Gesichtspunkten und wird von der Polizei für die Polizei gemacht.“ Der Innenminister will die Eckpunkte in den nächsten Wochen mit Polizei und Politik besprechen. Er kündigte an, bis Ostern auf Grundlage der Eckpunkte und unter polizeifachlichen und infrastrukturellen Aspekten über die konkreten Flächenzuschnitte und Standorte der künftigen regionalen Polizeipräsidiem

zu entscheiden - unter Berücksichtigung bestehender Stadt- und Landkreisgrenzen.

### MdL Nelius zur Reform:

Für ein „erfreuliches Signal“ hält MdL Nelius besonders die Ankündigung Galls, dass die Polizeireform erhebliche Personalreserven für den Einsatz in der Fläche gewinnen soll. Die Rede ist von zusammen rund 900 Stellen im Polizeivollzugsdienst und beim Nichtvollzugspersonal.

In einem persönlichen Schreiben an den Innenminister setzte sich Georg Nelius für eine starke Beteiligung des Ländlichen Raumes beim weiteren Fortgang der Dinge ein: „Zwischenzeitlich sind ja die „Grobstrukturen“ der Reform erkennbar, die möglicher Weise eine Polizeidirektion in Mosbach in der bisherigen Form nicht vorsieht.

Meine dringende Bitte wäre nun, nachdem sowohl in der Projektgruppe als auch im Lenkungsausschuss vor allem Vertreter aus städtischen Zentren beteiligt waren, bei der

„Feinstrukturierung“ der Reform auch den großen Sachverstand aus den „ländlichen Polizeidirektionen“ beziehungsweise von Vertretern des Ländlichen Raumes mit einzubeziehen.“ Dies werde auch die Akzeptanz und Umsetzung der Reform in der Fläche wesentlich befördern.

„Die Reform wird der Polizeiarbeit in der Fläche einen Schub verleihen. Die Streifen- und Ermittlungsdienste vor Ort werden gestärkt und die Freiräume der Kripo erweitert. Das schafft im ganzen Land mehr Sicherheit“, unterstrich Georg Nelius.

Die Kritik der CDU an den Plänen des Innenministers wies er als „fadenscheinig und heuchlerisch“ zurück. „Wer in seiner eigenen Regierungszeit über Jahre hinweg massiven Stellenabbau betrieben, Reviere zusammengelegt und damit die Polizei bis an die Grenze ihrer Handlungsfähigkeit geschwächt hat, sollte Asche auf sein Haupt streuen statt sich als Hüter der Polizeipräsenz im ländlichen Raum aufzuspielen“, so Nelius.



### Neujahrsempfang der SPD Neckar Odenwald mit Integrationsministerin Bilkay Öney

„Dieser Neujahrsempfang ist historisch“, so der SPD-Kreisvorsitzende Jürgen Graner. Denn erstmals fand der Empfang unter einer Grün-Roten Landesregierung statt. Zahlreiche Gäste aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft waren der Einladung des SPD-Kreisverbands, der SPD-Kreistagsfraktion und des Landtagsabgeordneten Georg Nelius gefolgt. Der Untere Rathaussaal in Mosbach war bis auf den letzten Platz besetzt.

MdL Georg Nelius konnte die neue Ministerin für Integration in Baden-Württemberg Bilkay Öney als Neujahrsprednerin gewinnen. Nelius verwies auf erste Erfolg der neuen Landespolitik und nannte den Ausbau der Dualen

Hochschule in Mosbach, die Abschaffung der Studiengebühren und den Ausbau der Kinderbetreuung als Beispiele. In ihrer Neujahrsansprache berichtete Bilkay Öney über die Herausforderungen ihres Ressorts. Die neuesten Zahlen zur Integration wurden erst jüngst veröffentlicht. Auch für Baden-Württemberg lassen sich deutliche Unterschiede zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund ableiten: Die Erwerbstätigenquote bei Menschen ohne Migrationshintergrund beträgt 76,5 Prozent, bei Menschen mit Migrationshintergrund hingegen nur 66,3 Prozent. Die Arbeitslosigkeit bei Migranten ist zweieinhalb mal so hoch im Vergleich zu den Baden-Württem-

bergern ohne Migrationshintergrund. Migrantinnen und Migranten sind ebenfalls mehr als doppelt so häufig von Armut bedroht. Ihr ehrenamtliches Engagement ist um rund ein Drittel niedriger als bei Personen ohne Migrationshintergrund. „Diese Zahlen verdeutlichen, vor welchen integrationspolitischen Herausforderungen wir stehen“, so die Ministerin. Aus wirtschaftlichen, demografischen und gesellschaftspolitischen Gründen könne sich das Land nicht leisten, große Teile der Bevölkerung auszuschließen. „Deswegen möchten wir die Motivation sich zu integrieren erhöhen. 2012 wollen wir zu einem Jahr der Integration machen“, so Bilkay Öney.

Mit der Schaffung des Ministeriums für Integration wurden 2011 die strukturellen Weichen für eine moderne Integrationspolitik gestellt. Jetzt gelte es, die Grundlagen für eine neue Integrationskultur zu schaffen. Eine Kultur, in der verschiedene Sprachen, Religionen und Kulturen friedlich zusammenleben und in der Minderheiten und Andersdenkende akzeptiert und respektiert werden.



Baden-Württemberg ist ein Hochtechnologiestandort mit einem entsprechenden Bedarf an qualifizierten Fachkräften. Gerade in der Zuwanderung qualifizierter Kräfte und in den Potenzialen von Menschen mit Migrationshin-

tergrund liegen wichtige Impulse für die Sicherung und Förderung des wirtschaftlichen Erfolgs. Öney: „Der überwiegende Teil der Zugewanderten in Baden-Württemberg ist bildungs-, leistungs- und aufstiegsorientiert“.

Die Debatte um die Integration nimmt die muslimischen Menschen sehr in den Fokus. Bisweilen geht das zu Lasten der anderen Bevölkerungsgruppen, aber auch der Muslime selbst. „Mir ist es wichtig, dass wir mit und nicht über die Muslime diskutieren. Deswegen werde ich den „Runden Tisch Islam“ auch 2012 fortsetzen“, so die Ministerin. Die Frage, ob Integration erfolgreich gelinge und bestehende Hemmnisse weiter abgebaut werden, entscheide sich vor allem in den Städten und Gemeinden. Deswegen werden die Fördermittel für die kommunale Integrationsarbeit auf zwei Millionen Euro erhöht. Das heißt: 2012 erhält jeder Stadt- und Landkreis 15.000 Euro pauschale Förderung. „Unsere Arbeit soll Hand in Hand gehen“, sagt Bilkay Öney.

In ihren Grußworten bedankten sich der Oberbürgermeis-



ter Michael Jann und Landrat Dr. Achim Brötel für die gute Zusammenarbeit mit dem SPD-Landtagsabgeordneten Georg Nelius. Der Abend wurde von Alexander Gieseke musikalisch begleitet.

## **MdL Nelius zieht in seiner Neujahrsansprache Bilanz der Regierungsarbeit**

Der Wortlaut der Rede (es gilt das gesprochene Wort): „Sehr geehrte Gäste.

Die Ansprache bei unserem Neujahrsempfang wird ja unsere Ministerin halten, und niemand kann dies im Jahr 2012, dem Jahr der Integration, besser als die Ministerin für Integration Bilkay Öney! Nochmals herzlich willkommen im Zentrum des östlichen Nordbadens, in Mosbach. Zuvor darf ich mich in der gebotenen Kürze der Landes-

politik zuwenden. Sie haben Verständnis, dass ich nur einige Schwerpunkte anspreche, aber nicht ohne Stolz auf die schon erkennbaren Erfolge der neuen Regierung zu sprechen komme.

Es war schon eine historische Wahl!

Am 27. März 2011 hat Baden-Württemberg den Wechsel gewählt. Am 12. Mai 2011 haben SPD und Grüne die 58 Jahre währende Vorherrschaft der CDU in unserem Land

beendet. Wir sind mit dem Versprechen angetreten, dieses Land zu verändern.

Die noch immer lernende Opposition spricht von einem gut bestellten Haus, das sie uns hinterlassen hat. Doch es ist ein Haus, in das es nach 58 Jahren hineinregnet und in dessen Fundament Nässe und Schimmel als Untermieter eingezogen sind.

Ihr Erbe ist eine mittelfristige Finanzplanung, die trotz der hohen Steuereinnahmen hohe Deckungslücken und hohe Entnahmen aus der Rücklage aufweist. Wer so handelt, saniert mit neuer Tapete und zwei Eimern Farbe. Dies mag die Fassade schöner machen, doch es reicht nicht, Wind und Regen abzuhalten.

Solide Finanzen, wirtschaftliche Vernunft und soziale Sicherheit - das ist das magische Dreieck sozialdemokratischer Regierungspolitik.

Schulden sind ein süßes Gift - sie geben einen kurzen Kick, doch wie bei jeder Droge, machen sie den Abhängigen auf kurz oder lang kaputt. Deshalb sind Steuergeschenke auf Pump wie im Bund blanker Irrsinn - und deshalb sorgen wir in Baden Württemberg endlich für solide Finanzen!

Die Steuereinnahmen überstiegen 2011 erstmals wieder das Vorkrisenniveau. Und weil wir ganz genau wissen, dass Haushalte in guten Zeiten ruiniert werden, machen wir nach 2011 auch 2012 keinen Euro neue Schulden!

Das war alles andere als einfach. Schwarz-Gelb hat uns im Haushalt für 2012 eine Deckungslücke von über 3 Milliarden € hinterlassen. Viele Haushaltsrisiken noch nicht einmal eingerechnet, siehe EnBW-Kauf und Landesbank.

Bei unserem Kassensturz mussten wir dann feststellen, dass alleine für das kommende Jahr 400 Millionen weitere finanzielle Risiken und zwangsläufige Ausgaben dazukommen.

Selbst in der Krise wurden die Ausgaben munter erhöht. Trotz massiver Brutto-Steuermindereinnahmen von weit über 3 Milliarden € in den Jahren 2009 und 2010 wuchsen die Ausgaben ungebremst an.

Allein die Personalausgaben stiegen Jahr für Jahr um rund 500 Millionen €.

Doch um das zu verschleiern, wurden Rücklagen und Sondervermögen aufgebraucht und landeseigene Banken zu Sonderausschüttungen genötigt. Eins kann man also klar sagen: Solide Finanzpolitik sieht anders aus!

Und deshalb stehen wir für eine andere Finanzpolitik, die auch weiß, dass im Jahr 2020 eine grundgesetzlich vorgeschriebene Nullverschuldung dauerhaft erreicht werden muss.

Unser Haushalt für 2012 ist ein Ausdruck von nachhaltigem und verantwortungsbewusstem Regieren.

Dabei folgt er dem Dreiklang aus 1.) konsolidieren, 2.) sanieren und 3.) investieren.

Damit gehen wir den Weg einer soliden und intelligenten Finanzpolitik konsequent weiter.

Und wir Sozialdemokraten wissen, dass eine sinnvolle Wirtschaftspolitik ganz entscheidend auch bedeutet, dass sie soziale Teilhabe für alle ermöglicht.

Deshalb haben wir eine Bundesratsinitiative für den Mindestlohn auf den Weg gebracht. Und genau deshalb kommt bald das Tariftreuegesetz. Liebe Genossinnen und Genossen, das ist jetzt Wirtschaftspolitik Made in Baden-Württemberg. Da sieht man, was der Wechsel ausmacht. Wir wissen, dass gesellschaftliche Teilhabe vor allem über eine stabile Integration der Menschen in den Arbeitsmarkt erreicht wird.

Deshalb werden wir ein Landesarbeitsmarktprogramm auflegen, um gerade Langzeitarbeitslosen neue Chancen zu eröffnen.

Deshalb gibt es einen Neustart im Bündnis für Ausbildung mit den Gewerkschaften.

Und deshalb starten wir eine Initiative im Bundesrat, damit die Kurzarbeiterregelung, die uns gut durch die Krise gebracht hat, nicht von Schwarz-Gelb beerdigt wird.

All das ist der Kern sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik - Politik, die Arbeit schafft, Arbeit sichert und Arbeitnehmer schützt.

Wir verbinden in der Regierung wirtschaftliche Dynamik und soziale Sicherheit - und darauf können wir stolz sein!

Sehr geehrte Gäste!

Nachdem die Breitbandversorgung, trotz anfänglicher Zurückhaltung der alten Landesregierung, zwischenzeitlich auch unseren Kreis abdeckt, gilt es die Landesstraßen zu sanieren, denn auch die ländlichen Räume brauchen eine gute Infrastruktur.

Ein Beispiel: Das Fazit der CDU-Regierungsjahre ist bei den Landesstraßen schnell gezogen und fällt bitter aus: Ein Großteil befindet sich in einem katastrophalen Zustand.





Laut Straßenzustandsbericht sind über 50 Prozent der Landesstraßen in einem schlechten oder sehr schlechten Zustand.

Im Haushalt 2012 verdoppeln wir deshalb den Mittelansatz für den Erhalt und die Sanierung der Landesstraßen auf 100 Millionen Euro. Die jahrelange Vernachlässigung der Landesinfrastruktur fin-

det damit endlich ein Ende.

Eine weitere zentrale Herausforderung für unser Land als Wirtschaftsstandort ist der Einstieg in die Energiewende. Die alte Landesregierung hat sie nie wirklich angepackt. Man war viel zu sehr auf die Atomenergie fixiert.

Wir fördern nun engagiert den Ausbau der erneuerbaren Energien z.B. mit der Novellierung des Landesplanungsgesetzes: Künftig können alle Gemeinden selbst über ihre Flächennutzungsplanung entscheiden, wo sie z.B. Windkraftanlagen Vorranggebiete einräumen wollen.

Wer die Zukunft im Auge hat, darf auch die Entwicklung unserer Bevölkerung nicht aus den Augen verlieren. Bereits ab Mitte dieses Jahrzehnts wird sich in Baden-Württemberg ein Mangel an Fachkräften, an Meistern und Technikern, an hochqualifizierten Akademikern entwickeln. Unsere Antwort darauf lautet: Bildungsaufbruch und die dringend gebotene Überwindung des Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg.

Für uns ist es wichtig, dass wir neben der Netto-Nullverschuldung für 2012 hohe Investitionen im Bildungsbereich vornehmen. Allein für die Zusage an die Kommunen, die Förderung der Kleinkindbetreuung zu erhöhen, stellen wir im kommenden Jahr 315 Millionen Euro mehr als bisher bereit. Die Erkenntnis, auf den Anfang kommt es an, ist uns nicht nur Lippenbekenntnis, sondern Grundlage unseres Regierungshandelns. Hinzu kommen 11 Millionen Euro für die Sprachförderung und 15 Millionen für die Schulsozialarbeit.

Die Städte und Gemeinden im NOK erhalten aus dieser Förderung ca. 3,6 Mio Euro, die Stadt Mosbach allein 900 Tsd. Euro.

Darüber hinaus belassen wir die prognostizierten 3300 Lehrerstellen, die im Schuljahr 2012/13 angesichts des starken Schülerrückgangs wegfallen, im Wert von 180 Millionen Euro im Bildungssystem. Damit ist klar: Wir halten Wort und investieren massiv in die Bildung.

Weiteres Ziel ist es, an den Schulen für eine sichere und gute Unterrichtsversorgung zu kämpfen. Deshalb wurde zum Schuljahr 2011/12 keine Lehrerstelle gestrichen und die von der Vorgängerregierung beschlossene Sperrung von 711 Lehrerstellen haben wir zurückgenommen.

Einer der Kernpunkte unserer Bildungspolitik ist die Einführung der Gemeinschaftsschule, die längeres gemeinsames Lernen ermöglicht, Chancengleichheit und bestmögliche individuelle Förderung gewährleistet, sowie ein breites Angebot an Schulabschlüssen an einem Standort eröffnet. Im Frühjahr 2012 wollen wir die gesetzlichen Grundlagen schaffen und zum Schuljahr 2012/13 werden 34 Schulen als echte Gemeinschaftsschule starten. Sie tun dies freiwillig und aus Überzeugung, nicht aus ministeriellem Zwang.

Zu den bildungspolitischen Neuerungen gehört, die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung abzuschaffen und die Elternrechte beim Übergang von der Grundschule auf die weiterführende Schule zu stärken.

Ab dem Sommersemester 2012 wird es auch in Baden-Württemberg keine Studiengebühren mehr geben. Die alte Regierung hatte mit diesem 500-Euro-pro-Semester-Eintrittsgeld die Finanzierung der Hochschulen zu einem wichtigen Teil auf die Taschen der Studierenden und ihrer Eltern gelegt.

Sehr geehrte Gäste!

Soziale Sicherheit steht für eine gute Daseinsfürsorge.

Wir bekennen uns nachdrücklich zur Verantwortung für die Förderung des Krankenhausbaus. In dem unmittelbar nach Amtsantritt auf den Weg gebrachten Nachtragshaushalt haben wir daher zusätzlich 50 Millionen Euro Landesmittel für die Krankenhausfinanzierung bereitgestellt. Im kommenden Haushalt werden die Mittel um 45 Millionen Euro aufgestockt.

Davon profitiert auch das Krankenhaus in Buchen mit ca. 10 Mio Euro.

Bei unserem Ziel einer besseren Daseinsvorsorge, dürfen wir auch nicht die Situation der Arbeitslosen aus dem Blick verlieren.

Fast zwei Drittel aller Arbeitslosen im Land befinden sich nicht mehr im Bereich der klassischen Arbeitslosenversicherung, sondern in der Grundsicherung ALG II. Das können und wollen wir nicht so stehen lassen! Uns ist es ein

Kernanliegen, diesen Menschen neue Chancen zu eröffnen. Deswegen legen wir auch das Programm „Gute und sichere Arbeit“ auf. Ein Schwerpunkt wird sein, Langzeitarbeitslosen hier im Land eine Perspektive zu bieten.

Das Thema Pflege wird uns in den kommenden Jahren aufgrund des demografischen Wandels immer stärker beschäftigen. Um den steigenden Bedarf an Pflegekräften in Zukunft decken zu können, müssen wir jetzt Maßnahmen ergreifen. Wir starten 2012 eine Kampagne für Pflegeberufe. Und wir unterstützen verstärkt die Freiwilligendienste, da aus ihrer Mitte Menschen überdurchschnittlich häufig soziale Berufe ergreifen.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Soziale Sicherheit ist auch eine Aufgabe von Justiz und Polizei. Als SPD treten wir ein für einen schlanken Staat, der seine hoheitlichen Aufgaben effektiv und zuverlässig wahrnimmt. Kernbereiche des Staates, die sein Gewaltmonopol berühren, dürfen nicht in private Hände gegeben werden.

Sie alle wären sicher enttäuscht, wenn ich nichts zum Ausbau der Dualen Hochschule, zur G8/G 9 Diskussion, zur Polizei- und Grundbuchreform sagen würde.

Ich fange mit der Grundbuchreform an.

Die von der Vorgängerregierung eingeleitete Grundbuchreform wird dazu führen, dass es bis zum Ende des Jahres 2017 landesweit nur noch 13 Standorte geben wird.

Klar muss sein, dass mit dieser Reform und der Privatisierung der Notariate und der damit verbundenen Aufgabenverlagerung z.T. an die Amtsgerichte viele Notariatsstandorte verloren gehen. Davon wird auch der NOK betroffen sein.

Nach dem Amtswechsel im Innenministerium haben wir bei der Polizei einen Investitionsstau von 300 Millionen Euro vorgefunden. Überalterte Technik und die Zurückstellung neuer notwendiger Anschaffungen wegen allgemeiner Sparauflagen sind die Ursachen. Auch für die anstehende Pensionierungswelle bei der Polizei – in den nächsten zehn Jahren werden rund 40 Prozent des aktuellen Personals in den Ruhestand gehen – hatte man zu wenig vorgesorgt.

Wir erhöhen mit Blick auf den doppelten Abi - Jahrgang die Zahl der Neueinstellungen bei der Polizei 2012 um 50 Prozent auf 1200. Im Haushalt 2012 wollen wir der Polizei zusätzliche Mittel von ca. 50 Millionen Euro für moderne Technik und Digitalfunk bereitstellen. Durch die geplante Straffung ihrer Organisationsstruktur wird die Polizei mehr Personal in der Fläche einsetzen können. Konkret heißt das, egal wie die zukünftige Polizeistruktur aussehen mag, dass es mehr Polizei im NOK geben wird. Das erste Mal seit Erschaffung der Menschheit, wird eine sog.

“Reform“ im NOK nicht mit Personalabbau, sondern Personalaufbau verbunden sein.

Das wird am kommenden Dienstag Innenminister Gall hier in diesem Saal den Menschen ebenfalls sagen.

Gerne komme ich auf die Duale Hochschule zu sprechen, zumal wir ja auch den neuen Chef, Herrn Prof. Dr. Saller heute unseren Gästen haben.

Der Ausbau kommt, obwohl er in der mittelfristigen Finanzplanung nicht vorgesehen war. Da der Erfolg ja bekanntlich viele Väter hat, möchte ich meinen Anteil daran so formulieren. Die Entscheidung ist nicht gegen meinen Willen gefallen.

Damit sind leider noch nicht alle drängenden Probleme der Hochschule gelöst, aber wir sind sehr zuversichtlich, dass wir auch hier eine Lösung hinbekommen.

Das gleiche gilt für die vom Auguste-Pattberg-Gymnasium sehnlichst erwartete Genehmigung zum Start des neuen G9-Zuges. Wenn eine Schule Pionierleistung auf diesem Gebiet erbracht hat, dann das APG und deshalb bin ich sehr hoffnungsvoll, dass auch alles klappt.

Sehr geehrte Freundinnen und Freunde der Sozialdemokratie!

Die Volksabstimmung über Stuttgart 21 hat deutlich gemacht, dass die Bürgerinnen und Bürger bei wichtigen Entscheidungen mehr Mitwirkung von Anfang an fordern. Wir wollen die Elemente direkter Demokratie in Baden-Württemberg ausbauen: die Hürde bei Volksbegehren und Volksabstimmungen senken und Volksinitiativen einführen.

Zusammenfassend darf ich festhalten, trotz einer ganz und gar nicht optimalen Ausgangslage:

Solide Finanzen, wirtschaftliche Vernunft und soziale Sicherheit – dies sind die Überschriften unserer Bilanz. Der Wechsel in Baden-Württemberg hat gut begonnen!

Wir, die SPD, die neuen Regierungsparteien, müssen in Zukunft klar machen, wo der Hammer hängt.

Den brauchen wir aber auch, um Nägel mit Köpfen zu machen. Tragen Sie alle dazu bei, dass das neue Jahr niet- und nagelfest wird und bleiben Sie der SPD weiterhin gewogen.

Herzlichen Dank.“

### Impressum

Wahlkreisbüro MdL Nelius  
Badgasse 7, 74821 Mosbach  
Telefon (0 62 61) 91 49 17  
Telefax (0 62 61) 91 49 18  
buero@georg-nelius.de  
www.georg-nelius.de

Verantwortlich:  
Georg Nelius

Gestaltung/ Bilder:  
K. Weidlich

The logo of the SPD (Social Democratic Party of Germany) is displayed in white text on a red rectangular background.